Gießen, 24. November 2025

Stellungnahme des Center for Diversity, Media, and Law (DiML) der Justus-Liebig-Universität Gießen zur angekündigten Gründung einer AfD-Jugendorganisation in Gießen

Als Center for Diversity, Media, and Law verstehen wir unsere wissenschaftliche Arbeit als fundierten Beitrag zur Stärkung einer vielfältigen, demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Unsere Forschungsgebiete zeigen deutlich: Diversität, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit sind zentrale und notwendige Voraussetzungen für eine lebendige Demokratie. Ebenso eindeutig belegt die wissenschaftliche Extremismus- und Demokratieforschung, dass rechtsextreme Ideologien Demokratie und Menschenrechte systematisch delegitimieren und besonders häufig marginalisierte Gruppen abwerten. Rechtsextreme und autoritäre Ideologien gehen mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und der Verbreitung demokratiefeindlicher Desinformationen einher.

Vor diesem Hintergrund betrachten wir die **am 29./30. November 2025 geplante Gründung einer bundesweiten AfD-Jugendorganisation**, deren Vorgängervereinigung vom Bundesamt für Verfassungsschutz im April 2023 als *erwiesen rechtsextremistische Bestrebung* eingestuft wurde,[1] mit wissenschaftlich begründeter Alarmiertheit. Diese Einstufung ist Ergebnis systematischer Beobachtung staatlicher Stellen. Wir beobachten vor der geplanten Neugründung personelle, sowie inhaltliche Fortschreibungen dieser antidemokratischen Bestrebungen.

Wir betonen gleichzeitig die Bedeutung rechtsstaatlicher Prinzipien: In einer Demokratie können auch politische Ereignisse stattfinden, deren Inhalte wir inhaltlich ablehnen. Doch Demokratie bedeutet nicht Schweigen – sie verlangt Positionierung, wenn Gleichwertigkeit und Menschenrechte infrage gestellt werden.

Vor dem Hintergrund dieser Ausführungen sehen wir uns daher in besonderer Verantwortung, empirisch fundiertes Wissen zu gesellschaftlichen Bedrohungen wie Rechtsextremismus, Rassismus, Antifeminismus und Antisemitismus in den öffentlichen Diskurs einzubringen. Wir schließen uns deshalb dem Appell der Universitätsleitung an und rufen Studierende, Beschäftigte und alle Gießener*innen dazu auf, am letzten Novemberwochenende **ein sichtbares und demokratisches Zeichen für Vielfalt, Menschenrechte und Weltoffenheit** zu setzen. Die Forschung ist eindeutig: Demokratische Gesellschaften bleiben stark, wenn ihre Mitglieder Diskriminierung entgegentreten, marginalisierte Gruppen unterstützen und Räume gestalten, in denen unterschiedliche Menschen sicher leben, lernen und arbeiten können.

[1] Siehe dazu den Verfassungsschutzbericht 2023, S. 29, zur Einstufung der „Junge Alternative“ (JA) als „gesichert extremistische Bestrebung“ im April 2023. Die Einstufung wurde am 05.02.2024 vom Verwaltungsgericht Köln (Aktenzeichen 13 L 1124/23) bestätigt. Gegen diese Entscheidung des Eilverfahrens wurde Beschwerde vor dem Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen (OVG NRW) eingelegt. Mit Beschluss vom 10.06.2025 (Aktenzeichen: 5 B 131/24) verwarf das OVG NRW diese als im Wesentlichen unzulässig, da es mit Auflösung der JA zum 31.03.2025 an einem „tauglichen Beobachtungsobjekt“ (Rn. 24) fehle.